

Geszentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 13. November 1992
zu den Protokollen vom 20. Dezember 1961
über die Errichtung der Internationalen Kommissionen
zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigung
und dem ergänzenden Protokoll vom 22. März 1990
zu diesen beiden Protokollen**

A. Zielsetzung

Das am 13. November 1992 in Maria Laach zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und des Großherzogtums Luxemburg unterzeichnete Zusatzprotokoll Nr. 2 zu dem am 20. Dezember 1961 in Paris unterzeichneten Protokoll zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und des Großherzogtums Luxemburg über die Errichtung einer Internationalen Kommission zum Schutz der Mosel gegen Verunreinigung, dem am 20. Dezember 1961 in Paris unterzeichneten Protokoll zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Errichtung einer Internationalen Kommission zum Schutz der Saar gegen Verunreinigung sowie dem am 22. März 1990 in Brüssel unterzeichneten ergänzenden Protokoll zu diesen beiden Protokollen soll den beiden Kommissionen Rechts- und Geschäftsfähigkeit verleihen.

B. Lösung

Durch das geplante Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Zusatzprotokolls Nr. 2 zu den Protokollen geschaffen werden.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch das Zusatzprotokoll Nr. 2 zu den Protokollen von 1961 und 1990 nicht mit Kosten belastet,

da das Protokoll den Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar lediglich die Rechts- und Geschäftsfähigkeit verleiht. Ebensowenig wird deshalb die inländische Wirtschaft mit Kosten belastet. Insofern ergeben sich auch keine preislichen Auswirkungen.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
021 (321) – 235 31 – In 2/93

Bonn, den 16. Juli 1993

An die Präsidentin
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 13. November 1992 zu den Protokollen vom 20. Dezember 1961 über die Errichtung der Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigung und dem ergänzenden Protokoll vom 22. März 1990 zu diesen beiden Protokollen mit Begründung und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 659. Sitzung am 9. Juli 1993 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, gegen den Gesetzentwurf keine Einwendungen zu erheben.

Dr. Helmut Kohl

Entwurf**Gesetz****zu dem Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 13. November 1992
zu den Protokollen vom 20. Dezember 1961
über die Errichtung der Internationalen Kommissionen
zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigung
und dem ergänzenden Protokoll vom 22. März 1990
zu diesen beiden Protokollen****Vom**

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Maria Laach am 13. November 1992 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Zusatzprotokoll Nr. 2 zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und des Großherzogtums Luxemburg zu dem am 20. Dezember 1961 in Paris unterzeichneten Protokoll zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik und des Großherzogtums Luxemburg über die Errichtung einer Internationalen Kommission zum Schutz der Mosel gegen Verunreinigung, dem am 20. Dezember 1961 in Paris unterzeichneten Protokoll zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über die Errichtung einer Internationalen Kommission zum Schutz der Saar gegen Verunreinigung sowie dem am 22. März 1990 in Brüssel unterzeichneten ergänzenden Protokoll zu diesen beiden Protokollen wird zugestimmt. Das Zusatzprotokoll Nr. 2 wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

- (1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.
- (2) Der Tag, an dem das Zusatzprotokoll Nr. 2 vom 13. November 1992 nach seinem Artikel 4 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz**Zu Artikel 1**

Auf das Zusatzprotokoll Nr. 2 findet Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel 4 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Bund, Länder oder Gemeinden werden durch das Zusatzprotokoll Nr. 2 zu den Protokollen vom 20. Dezember 1961 über die Errichtung der Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigung und dem ergänzenden Protokoll vom 22. März 1990 zu diesen beiden Protokollen nicht mit Kosten belastet, da das Zusatzprotokoll Nr. 2 den Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar lediglich die Rechts- und Geschäftsfähigkeit verleiht. Ebensowenig wird deshalb die inländische Wirtschaft mit Kosten belastet. Insofern ergeben sich auch keine preislichen Auswirkungen.

Zusatzprotokoll Nr. 2

zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik und des Großherzogtums Luxemburg
zu dem am 20. Dezember 1961 in Paris unterzeichneten Protokoll
zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland,
der Französischen Republik und des Großherzogtums Luxemburg
über die Errichtung einer Internationalen Kommission
zum Schutz der Mosel gegen Verunreinigung,
dem am 20. Dezember 1961 in Paris unterzeichneten Protokoll
zwischen den Regierungen der Bundesrepublik Deutschland
und der Französischen Republik
über die Errichtung einer Internationalen Kommission
zum Schutz der Saar gegen Verunreinigung
sowie dem am 22. März 1990 in Brüssel unterzeichneten ergänzenden Protokoll
zu diesen beiden Protokollen

Protocole complémentaire n° 2

entre les gouvernements de la République Fédérale d'Allemagne,
de la République Française et du Grand-Duché de Luxembourg,
au protocole entre les gouvernements
de la République Fédérale d'Allemagne,
de la République Française et du Grand-Duché de Luxembourg
concernant la constitution d'une commission internationale
pour la protection de la Moselle contre la pollution,
signé à Paris le 20 décembre 1961,
et au protocole entre les gouvernements
de la République Fédérale d'Allemagne et de la République Française
concernant la constitution d'une commission internationale
pour la protection de la Sarre contre la pollution,
signé à Paris le 20 décembre 1961,
ainsi qu'au protocole complémentaire à ces deux protocoles
signé à Bruxelles le 22 mars 1990

Die Vertragsparteien –

unter Bezugnahme auf das Protokoll über die Errichtung einer Internationalen Kommission zum Schutz der Mosel gegen Verunreinigung und das Protokoll über die Errichtung einer internationalen Kommission zum Schutz der Saar gegen Verunreinigung, nachfolgend Protokolle von 1961 genannt, sowie das ergänzende Protokoll zu diesen beiden Protokollen über die Errichtung eines gemeinsamen Sekretariats, nachfolgend Zusatzprotokoll Nr. 1 genannt –

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Artikel 3 des Zusatzprotokolls Nr. 1 wird außer Kraft gesetzt.

Les parties contractantes –

en se référant au protocole concernant la création d'une commission internationale pour la protection de la Moselle contre la pollution ainsi qu'au protocole concernant la création d'une commission internationale pour la protection de la Sarre contre la pollution, ci-après désignés protocoles de 1961, et au protocole complémentaire à ces deux protocoles relatif à la création d'un secrétariat commun, ci-après désigné protocole complémentaire n° 1 –

ont convenu de ce qui suit:

Article 1

L'article 3 du protocole complémentaire n° 1 est abrogé.

Artikel 2

In den Artikel 6 des Zusatzprotokolls Nr. 1 wird ein zweiter Abschnitt mit folgendem Wortlaut eingefügt: „Die Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunden werden bei der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer hinterlegt.“

Artikel 3

Zur Erfüllung der ihr in den Protokollen von 1961 und im Zusatzprotokoll Nr. 1 zugewiesenen Aufgaben besitzen die Kommissionen Rechts- und Geschäftsfähigkeit nach dem am Sitz ihres Sekretariats geltenden Recht. Sie entscheiden über die Einstellung und Entlassung des Personals und besitzen insbesondere die Fähigkeit, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben notwendigen Verträge zu schließen, Personal zu beschäftigen, unbewegliches und bewegliches Vermögen zu erwerben und zu veräußern sowie vor Gericht aufzutreten. Zu diesem Zweck werden die Kommissionen von ihrem Präsidenten vertreten. Der Präsident kann nach Maßgabe der Geschäftsordnung seine Vertretung regeln.

Artikel 4

Dieses Protokoll tritt 30 Tage nach dem Tag in Kraft, an dem alle Unterzeichner der Regierung der Bundesrepublik Deutschland als Verwahrer mitgeteilt haben, daß die nach eigenem Recht jeweils erforderlichen staatlichen Voraussetzungen für das Inkrafttreten erfüllt sind.

Artikel 5

Nach Ablauf von drei Jahren nach dem Inkrafttreten kann dieses Protokoll von jeder der unterzeichnenden Regierungen zu einem beliebigen Zeitpunkt aufgekündigt werden, wobei eine Kündigungsfrist von drei Monaten einzuhalten ist.

Geschehen zu Maria Laach am 13. November 1992 in drei Urschriften, jede in deutscher und französischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Article 2

Il est inséré à l'article 6 du protocole complémentaire n° 1 un deuxième alinéa rédigé comme suit: «les instruments de ratification, d'acceptation ou d'approbation sont déposés auprès de la République Fédérale d'Allemagne, en tant que dépositaire.»

Article 3

Aux fins de l'exécution des fonctions qui leur sont imparties dans les protocoles de 1961 et le protocole complémentaire n° 1, les commissions possèdent la personnalité morale et juridique selon le droit en vigueur au siège de leur secrétariat. Elles décident du recrutement et du licenciement du personnel et possèdent en particulier le pouvoir de passer des contrats dans le cadre de l'exécution de leurs tâches, d'employer du personnel, d'acquérir et d'aliéner des biens mobiliers et immobiliers ainsi que d'ester en justice. A cet effet les commissions sont représentées par leur Président. Le Président peut, conformément au règlement intérieur, décider de sa suppléance.

Article 4

Le présent protocole entrera en vigueur 30 jours après la date à laquelle tous les signataires auront informé le Gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne en tant que dépositaire, que les formalités officielles requises pour l'entrée en vigueur selon le droit propre à chaque Etat sont accomplies.

Article 5

A l'expiration d'une période de trois ans à compter de son entrée en vigueur, le présent protocole pourra être dénoncé à tout moment avec un préavis de trois mois par chacun des gouvernements signataires.

Fait à Maria Laach le 13 novembre 1992 en trois exemplaires dont chacun est rédigé en allemand et en français, les deux textes faisant également foi.

Für die Regierung der Bundesrepublik Deutschland
Pour le gouvernement de la République Fédérale d'Allemagne

Mario Graf Matuschka
Dr. Hans Möbs

Für die Regierung der Französischen Republik
Pour le gouvernement de la République Française

Stefanini

Für die Regierung des Großherzogtums Luxemburg
Pour le gouvernement du Grand-Duché de Luxembourg

Hansen

Denkschrift zu dem Protokoll

Durch das am 13. November 1992 in Maria Laach unterzeichnete Zusatzprotokoll Nr. 2 zu den Protokollen vom 20. Dezember 1961 über die Errichtung der Internationalen Kommissionen zum Schutz der Mosel und der Saar gegen Verunreinigung und dem ergänzenden Protokoll vom 22. März 1990 zu den beiden Protokollen soll den Kommissionen die Rechts- und Geschäftsfähigkeit verliehen werden.

Damit können die Kommissionen als juristische Personen Rechtsgeschäfte vornehmen. Hierunter fallen insbesondere Bedarfsdeckungsgeschäfte (fiskalische Hilfsgeschäfte) und alle zur Geschäftsführung des Sekretariats der Kommissionen erforderlichen Rechtshandlungen, z. B. Arbeits- und Mietverträge.